

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Resettlement – Berlin sagt ja!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für ein reguläres, standardisiertes Programm zur Neuansiedlung von Flüchtlingen in der Bundesrepublik (Resettlement) einzusetzen.
2. Der Senat wird aufgefordert seine Bereitschaft zu erklären, zukünftig ein Kontingent an Flüchtlingen aus den Erstzufluchtsländern aufzunehmen, sowie dauerhaft und bestmöglich in Berlin zu integrieren.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 31. Dezember 2009 zu berichten.

Begründung:

Kriege und politische Krisen zwingen jedes Jahr Tausende Menschen zur Flucht. Laut UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR befinden sich rund 6,2 Millionen Menschen weltweit in lang anhaltenden Flüchtlingssituationen. Dabei können die meisten Flüchtlinge keinen sicheren Staat erreichen, denn die Nachbarstaaten von Krisengebieten sind häufig mit der Masse der Flüchtenden strukturell und organisatorisch überfordert. Ohne Perspektive auf ein menschenwürdiges Leben sitzen sie jahrelang in provisorischen Lagern fest.

Der UNHCR, verschiedene gesellschaftliche Gruppen und Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen fordern deshalb ein Neuansiedlungs- bzw. Resettlementprogramm. Der UNHCR hält eine Ausweitung der verfügbaren Neuansiedlungskapazitäten für dringend erforderlich. In einer Reihe von Staaten werden entsprechende Programme seit Jahren durchgeführt, wie zum Beispiel in den USA, Kanada, Schweden oder Norwegen. Eine Neuansiedlung in Deutschland wird auch von den europäischen Institutionen, namentlich dem Europarat und dem Europaparlament, ausdrücklich unterstützt. In der Öffentlichkeit wurden 30.000 Neuansiedlungsplätze für Flüchtlinge in Deutschland jährlich gefordert.

Die aufzunehmenden Personen sind vom UNHCR als Flüchtlinge anerkannt und weisen zudem besondere rechtliche Schutzbedürfnisse auf. Das betrifft beispielsweise Traumatisierte, Folteropfer, Minderjährige, Ältere und Frauen. Platz genug ist da: Die Flüchtlingszahlen sind in Deutschland so niedrig wie seit 30 Jahren nicht mehr. Die Zahl der Asylanträge ist seit zehn Jahren rückläufig. In

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

Zeiten durchgreifender Abschottung an den Grenzen Europas und bei weltweit konstant hohen Flüchtlingszahlen muss Deutschland und auch Berlin wieder seinen Teil der Verantwortung übernehmen. Das Aufenthaltsgesetz bietet insbesondere in § 23 Absatz 2 explizit die Möglichkeit für den Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen in Deutschland.

Berlin als Hauptstadt Deutschlands sollte sich ausdrücklich dazu bekennen, regelmäßig Flüchtlinge aufzunehmen. Schutzbedürftige, die sich in ausweglosen Situationen befinden, sollten in Berlin eine neue Heimat finden und eine Lebensperspektive erhalten. Beispielhafte Vorbilder gibt es in der preußischen Geschichte. Die Hugenotten – aufgrund ihres Glaubens unter König Ludwig XIV. verfolgt – flohen in umliegende Länder. Preußen nahm nach dem 30-jährigen Krieg gut 20.000 Hugenotten auf und sicherte ihnen 1685 im „Edikt von Potsdam“ Rechte zu.

Wenn die Kommunen und die einzelnen Länder die Notwendigkeit und Möglichkeiten einer Neuansiedlung bejahen und sich zur Unterstützung von Resettlement bekennen, dann kann sich auch die Bundespolitik dem Thema nicht länger verschließen. Eine bundesweite Kampagne kann den Druck auf den BundesInnenminister deutlich steigern. Anfang 2008 hat sich in München die Kampagne „Save me – Eine Stadt sagt ja!“ gegründet und für die Aufnahme von 850 Flüchtlingen in der Stadt geworben. Der Stadtrat hat diese Aktion einstimmig angenommen. Stadträte in Kiel und Aachen folgten dem Münchner Beispiel. In mittlerweile 36 Städten von Aachen bis Ulm sind Resettlementkampagnen gestartet. Seit Juni 2008 besteht auch ein Berliner Bündnis. Berlin als Hauptstadt sollte nicht hinter München zurückbleiben und mindestens 1.000 Menschen aufnehmen. Durch den obigen Beschluss kann Berlin seinen Teil zu einer verantwortungsvollen und menschlichen Flüchtlingspolitik beitragen.

Berlin, den 06. Oktober 2009

Eichstädt-Bohlig Ratzmann Bayram
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen